

TAGBLATT

Appenzellerland: 10. Januar 2009, 01:01

Keine Angst vor Rumänen



Ständerat Hans Altherr (rechts) und Nationalrat Lukas Reimann (sitzend) referierten bei der FDP AR. Bild: rf

Für den Ausserrhoder FDP Ständerat Hans Altherr ist klar: Das Freizügigkeitsabkommen inklusive Ausdehnung auf Bulgarien und Rumänien macht Sinn.

ROGER FUCHS

teufen. «Gleich zu Beginn dieses Jahres kommt es zu einem grossen Abstimmungsknüller», eröffnete Hanspeter Blaser, Präsident der FDP Ausserrhodens, die ausserordentliche Delegiertenversammlung vom vergangenen Donnerstag in Teufen. Am 8. Februar stimmt die Schweiz über die Weiterführung des Personenfreizügigkeitsabkommens zwischen der Schweiz und der Europäischen Union sowie über die Ausdehnung auf Bulgarien und Rumänien ab. Letzteres ist eine Folge dessen, dass die EU auch ihre neuen Mitgliedstaaten gleich behandelt sehen will.

Blaser erinnerte an das derzeitige aussenpolitische Volksmodell mit den Bilateralen I. Ein negativer Volksentscheid zum Freizügigkeitsabkommen würde deren Ende bedeuten. «Dies hätte eine nachhaltige Schwächung des Wirtschaftsstandortes Schweiz mitten in der Wirtschaftskrise zur Folge», warnte Blaser. Drei Referenten folgten, darunter SVP-Nationalrat Lukas Reimann mit einem Plädoyer gegen das Freizügigkeitsabkommen. Die 54 anwesenden FDP-Stimmberechtigten vermochte er jedoch nicht mehr umzustimmen. Sie entschieden sich am Ende ohne grössere Diskussion einstimmig für die Ja-Parole zur Weiterführung des Freizügigkeitsabkommens und die Ausdehnung auf Bulgarien und Rumänien.

Jahrelange Übergangsfrist

Nebst Lukas Reimann referierte Urs Tischhauser, Geschäftsführer der Firma Tisca, als Vertreter eines KMU-Betriebes (siehe Kasten). Der Ausserrhoder Ständerat Hans Altherr vertrat als Politiker die Pro-Seite. Er sehe als einer, der diese Vorlage aus Sicht der Wirtschaft betrachte, keinen Grund, das Freizügigkeitsabkommen abzulehnen, sagte Altherr. Er erinnerte daran, dass die Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien langsam vonstatten gehen würde. Es gäbe eine Übergangsfrist von sieben Jahren mit Kontingenten und einer Schutzklausel. Somit sei keine Masseneinwanderung zu befürchten. Länger in der Schweiz bleiben dürfe schliesslich nur, wer eine Arbeit habe und nicht auf Sozialhilfe angewiesen sei. Stärkstes Argument für ein Ja ist laut Hans Altherr jedoch die Möglichkeit, die Bilateralen I nach dem 31. Mai 2009 jederzeit mit einer sechsmonatigen Kündigungsfrist auflösen zu können. «Allerdings kann die Schweiz nur das Gesamtpaket kündigen und nicht die einzelnen Verträge», räumte Altherr ein.

Kontrollierbare Einwanderung

Obwohl SVP-Nationalrat Lukas Reimann als Gastredner schon zu Beginn wusste, mit seinen Argumenten die Stimmung kaum wenden zu können, stand er für seine Sicht der Dinge ein: Kernfrage in Zusammenhang mit dem Freizügigkeitsabkommen ist laut Reimann, ob die Einwanderung weiterhin kontrollierbar sein soll und dem Markt angepasst werden kann. Mit der Personenfreizügigkeit habe jeder EU-Bürger, wenn er einzelne Bedingungen erfülle, einen Rechtsanspruch auf Einwanderung in die Schweiz. Und wer Arbeit habe, könne all seine Verwandten nachholen.

Reimann schlägt als Alternative ein System vor, wie es die USA, Japan oder Australien kennen. «In diesen Ländern kann über das Ausländergesetz angepasst werden, wie viele Fachkräfte gebraucht werden», sagt der Nationalrat. Folglich lasse sich die Einwanderung nach Qualität und Quantität steuern. Immer wieder griff Reimann auch Zahlen auf: So habe die Zuwanderung 2007 gegenüber dem Vorjahr um 92 Prozent zugenommen. 2008 sei mit einer weiteren Verschärfung zu rechnen. Auswirkungen befürchtet Reimann auch auf die Zahl der Arbeitslosen: «Dass heute schon jeder 16 Ausländer in der Schweiz keine Arbeit hat, ist alarmierend.»

Copyright © St.Galler Tagblatt AG

Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von www.tagblatt.ch ist nicht gestattet.